

Flucht nach vorn in Europa

Wer Eurobonds als gefährliche Idee brandmarkt, verkennt die Dramatik nach Corona – eine Entgegnung | Von Frank Hofmann

Der Streit um vergemeinschaftete Schulden der Eurozone scheint vom Tisch. Tatsächlich markiert er nur den Anfang eines neuen Integrationssschrittes innerhalb der Europäischen Union. Wenn es gut läuft. Es begann vor wenigen Wochen mit dem Aufruf mehrerer Bürgermeister italienischer Städte. Es waren Gemeinden, deren Namen einen großen Klang haben in der europäischen Geschichte. Der Hilferuf kam aus der Wiege des europäischen Humanismus: Städte wie Padua, Genua oder Bologna forderten in einem Brief „an die lieben deutschen Freunde“ den Widerstand gegen sogenannte Eurobonds aufzugeben, also gemeinsame Euro-Anleihen zur Schuldenaufnahme. Ähnliche Forderungen gab es aus dem von Corona hart getroffenen Spanien.

Vor zwei Wochen hat Rolf-Dieter Krause an dieser Stelle im HAUPTSTADTBRIEF AM SONNTAG argumentiert, warum das heute so falsch wäre wie vor einem Jahrzehnt als die gleiche Forderung während der Bekämpfung der Euroschuldenkrise im Raum stand („Corona zersetzt Europa politisch – die Pandemie wird dazu verwendet, gefährliche Ideen wieder aus dem Keller zu holen“, HSB vom 5. April 2020). Der Vorwurf heute wie damals: Am Ende wollten sich notorische Schuldner, die ihre haushaltspolitischen Hausaufgaben nicht machten, an der fiskalischen Disziplin der Nordeuropäer schadlos halten. Was der Autor nicht schrieb, ist die zweite Forderung dieser Bürgermeister: Dieses vergemeinschaftete gewonnene Geld solle nicht etwa bedingungslos dem italienischen Staatshaushalt zugeführt werden, sondern von der EU-Kommission für den Wiederaufbau nach der Corona-Krise genutzt werden.

Dahinter verbirgt sich eine Politik, die es tatsächlich in Europa schon einmal gab: Während der Ölkrise in den 1970er-Jahren hatten zunächst die Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemeinsame Anleihen gezeichnet.



Ode an den Kontinent: „Was den großen (goldenen) Ring (auf blauem Hintergrund) bewohnt / Huldige der Sympathie!“

Mehr noch: damals haftete für diese Petro-Anleihen erstarrig sogar der gemeinsame EWG-Haushalt. Der Kanzler der Bundesrepublik hieß Helmut Schmidt, der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing. Wir waren also schon einmal weiter.

Die eigentliche Frage, die sich hinter dem Streit um Eurobonds verbirgt, ist die nach der Verfasstheit Europas. Nach dem in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheiterten Verfassungsvertrag für die Europäische Union wurde diese Frage im Vertrag von Lissabon zugunsten eines Staatenbundes entschieden – mit einer geschwächten EU-Kommission, die in der europäischen Einigungshistorie immer für ein supranational integriertes Europa stand. Es markierte den Aufstieg der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zur europäischen Krisenmanagerin. Vor allem in der Euroschuldenkrise.

Eine halbe Generation später zeigt sich, dass dieses Europa in der Bekämpfung der

Corona-Pandemie komplett versagt hat. Dass viele nationale Politiker mit Beginn der Covid-19-Krise gleich eines diabolischen Reflexes die Binnengrenzen der Union geschlossen haben, ist für zwei Generationen von Europäerinnen und Europäern ein Schock. Für viele der zwischen 1967 und 1980 geborenen wie für viele Millennials markieren diese Binnengrenzen nichts weiter als das Ende der Verwaltungshoheit nationaler Politiker.

Um die Pandemie aufzuhalten, gibt es nur einen Weg:



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

Die Übertragung des Virus von Mensch zu Mensch muss gestoppt werden. Die einzige wirksame Medizin ist: zu Hause zu bleiben. Durch die Schließung dieser innereuropäischen Verwaltungsgrenzen wurden Lieferketten unterbrochen, dem Herzen Europas, dem Binnenmarkt, wurde mutwillig die Chance genommen durch das gemeinsame Hochfahren der Produktion von medizinischen Gütern die Kämpfer an der Corona-Front mit dem zu versorgen was sie am dringendsten benötigen.

Richtig ist: Dass manche nationale Regierungen im Süden, vorneweg Italien, ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, um fiskalisch für diese Pandemie gewappnet zu sein. Richtig ist aber auch, dass Europa als ganzes keine Vorkehrungen getroffen hat, obwohl es Warnungen vor dem Problem reisender Viren in einer globalisierten Welt gab. Auch nicht der sparsame Norden. Und das obwohl allen klar gewesen sein musste, dass ein multilaterales Problem wie eine Pandemie unilateral nicht zu lösen ist. Die Lernkurve ergibt dann aber auch: dass es

mit dem bisherigen System Europas offenbar nicht geht. In der Konsequenz kann sich daraus nur ergeben, dass sich Europa in seinem Kern, seiner Eurozone, auf den Weg macht in Richtung Vereinigte Staaten von Europa. Eine Vorstellung, die sich von die Gründermütter und -väter ohnehin schon einmal zum Ziel gesetzt hatten. Das beinhaltet sicherlich ein Finanz- und Wirtschaftsministerium der Eurozone, deren Spitzen demokratisch legitimiert werden.

Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass anders eine gemeinsame Währung kaum ihre volle Kraft zum Wohle der Menschen entfalten kann.

Mehr noch: Eine Währung ist nur so viel wert wie es Vertrauen gibt in das bedruckte Papier im eigenen Portemonnaie. Das fängt mit der fiskalischen Stabilität an, es führt aber auch zu vermeintlich weichen Faktoren. Da geht es um die Lebenswahrnehmung, die für zwei Generationen von Europäern heute eine andere ist als früher. Soziale Mobilität, Studium und Arbeit überall in der EU galten lange als *Errungenschaften* Europas. Tatsächlich ist all das heute für Millionen von EU-Bürgerinnen und Bürgern *Selbstverständlichkeit*. Vor zehn Jahren wurde die Schuldenkrise auf Seiten der Euro-Mitgliedsstaaten noch mit nationalstaatlichem Denken bekämpft, tatsächlich wurde die Krise nur durch die einzige voll integrierte Euro-Institutionen zurückgedrängt: der Europäischen Zentralbank. Mit dem einen Bein in der einen Welt zu stehen, mit dem anderen aber in einer anderen, kann auf Dauer nicht funktionieren.

Im besseren Falle markiert diese Pandemie den Aufbruch in eine voll integrierte Zukunft im Kern Europas. Und weil die einen so sehr am bisherigen, dem Nationalstaat als grundlegendem Ordnungsprinzip, festhalten, die anderen aber längst voraus rennen, herrscht ein fundamentaler Konflikt vor. Die Demokratie hat dafür ein wunderbares Lösungsinstrument: Wir müssen darüber abstimmen, welches Europa wir wollen. Nach der Pandemie.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Briefe



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFES. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Unterstellt, Friedrich Merz und die CDU-Merkel-Kritiker hätten durchgezogen. Oder das SPD-Duo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wäre nicht dem Charme der Bundeskanzlerin erlegen, sondern hätte die Koalition vorzeitig beendet. Vor einem Problem sondergleichen hätte die Politik in Deutschland gestanden. Bundestagswahl in Coronavirus-Zeiten? Parteitage unter dem Gebot des Abstandhaltens? Wahlkampf via Live-Stream? Das Organisieren demokratischer Politik ist kompliziert geworden. Chancengleichheit, die Gesundheit der Bevölkerung und die Verfassungsgebote, wann und wie Wahlen stattzufinden haben, stehen in Konkurrenz zueinander. In Frankreich wurden die kommunalen Stichwahlen verschoben. In Polen wurde über die Präsidentschaftswahl im Mai gestritten. In den USA kann sich der Herausforderer bloß aus seinem Keller heraus zu Wort melden. In Bayern wurde der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahlen nur per Briefwahl abgehalten. In Nordrhein-Westfalen, wo am 13. September Kommunalwahlen anstehen, wird die Zeit knapp. Zwar sind die meisten Bürgermeisterkandidaten nominiert – nicht aber die Kandidaten für die Stadt- und Gemeindeparlamente, was auf Mitgliederversammlungen der Parteien (von oft vielen hundert Teilnehmern) zu geschehen hat. Aber: Bis zum 31. August sind „Großveranstaltungen“ untersagt. Was tun?

Auch die Vorbereitung der Bundestagswahl im Herbst 2021 ist vom Coronavirus schon erfasst. Es gibt Überlegungen zur Änderung des Wahlgesetzes, wonach die Parteien ihre Kandidaten nicht wie bisher in Vertreterversammlungen zu wählen haben, sondern auch per Briefwahl aufstellen könnten. Mit Blick auf die Auseinandersetzungen über eine Verkleinerung des Bundestages und die Verringerung der Zahl der Wahlkreise hat der Bundeswahlleiter die Parteien dringlich aufgefordert, mit der Nominierung ihrer Kandidaten zu warten, bis die Wahlkreise abschließend zugeschnitten sind. Doch nach neuen Umfragen, die (wohl) mit der Corona-Krisenbewältigung zu tun haben, liegen die Unionsparteien (derzeit) bei nahe 40 Prozent, weshalb ein Gesetz zur Verkleinerung des Bundestages (vielleicht) gar nicht nötig ist: Es gäbe kaum Überhangsmandate und deshalb nur wenig Ausgleichsmandate. Laut Gesetz haben die Parteien mit der Nominierung ihrer Bundestagskandidaten Zeit bis zum 69. Tag vor der Wahl – also etwa bis Frühsommer 2021. Das ist nur scheinbar viel.

Machtfülle und Machtlosigkeit

Covid-19 macht Putin einen Strich durch die plebiszitäre Rechnung | Von Gwendolyn Sasse

Am 22. April sollte in Russland die Volksabstimmung über eine weitreichende Verfassungsreform stattfinden. Präsident Wladimir Putin wollte sich die in Windeseile vollzogene Verfassungsänderung im Nachgang durch das Volk legitimieren lassen. Die Corona-Krise hat ihm nun einen Strich durch die Rechnung gemacht. Infolge der Quarantänemaßnahmen wurde die Volksabstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben. Diese Art der Ungewissheit passt nicht in Putins Kalkül. Das eigens erlassene Gesetz für die Volksabstimmung rückgängig zu machen und die Verfassungsänderung für abgeschlossen zu erklären entspricht nicht dem Sinn der Reform. Inmitten einer unvorhersehbaren Krise wirkt die eben noch zur Schau gestellte Machtfülle des Präsidenten auf einmal weniger umfassend.

Seit seiner Ankündigung einer Verfassungsreform Mitte Januar hatte Putin auf die Idee eines „Plebiszits“ gesetzt. In der Wortwahl spiegelt sich der Wunsch nach einer Legitimation „von unten“ für die „von oben“ verordnete Reform. Meinungsumfragen in Russland zeigen seit längerem einen diffusen Wunsch nach Veränderung,

auch wenn dieser bisher eher um ein Gefühl von Alternativlosigkeit als um aktive politische Opposition kreist. Die Verfassungsreform war der Versuch, diesem Wunsch etwas Konkretes entgegenzusetzen und Putin zugleich verschiedene Optionen über die bisher auf 2024 terminierte Amtszeit hinaus zu eröffnen. Hierin liegt der Kern der Verfassungsreform, die die Vollmachten des Präsidenten weiter gestärkt hat, vor allem zu Lasten des Verfassungsgerichts.

Die Frage der Nachfolge, über die man sowohl in Russland als auch im Ausland gerade anfang zu spekulieren, bleibt weiterhin offen. Durch eine bühnenreife Inszenierung während der dritten Lesung im Parlament am 10. März wurde Putin der Weg geebnet, seine Amtszeiten auf null zu stellen und erneut für bis zu zwei Amtszeiten antreten zu können. Die Aufwertung des Staatsrats, eines bisher untergeordneten Beratungsgremiums, hält darüber hinaus eine Alternative für Putin bereit, die ihm weiterhin Einfluss garantieren könnte, ihn aber aus der direkten Verantwortung für die täglichen Regierungsbelange herauslösen würde. Die Vollmachten des Staatsrats gilt es noch per Gesetz zu definieren.

Das Ergebnis des gewünschten „Plebiszits“ stand von Anfang an fest. Eine einfache Mehrheit der an der Abstimmung Teilnehmenden reicht als Bestätigung und mag durch die Erwähnung von Mindestlohn und Rentenindexierung im Verfassungstext auch ohne Manipulation gewährleistet sein. Lediglich die Beteiligung an der Abstimmung kann ein Gradmesser für die Stimmung in der Bevölkerung sein. Es stellt sich jedoch die Frage, warum Putin überhaupt diesen Umweg über Verfassungsreform und Volksabstimmung eingeschlagen hat.

Die Frage der Nachfolge stellt für autoritäre Systeme stets ein Risiko dar. Die hiermit verbundene Unsicherheit unter den Eliten droht die politische Stabilität zu



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE

ist die Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) in Berlin.

erodieren. Dieser Gefahr wollte sich Putin frühzeitig und entschieden entgegenstellen. Manchen autoritären Machthabern geht es um die Absicherung der eigenen Immunität durch einen handverlesenen Nachfolger – wie es im Jahr 2000 beim Machttransfer von Boris Jelzin auf Putin der Fall war. Andere verlängern ihre Amtszeit über Volksabstimmungen um weitere Amtszeiten, auf Lebenszeit oder lassen sich zum „Führer der Nation“ küren. Autoritäre Machthaber lernen voneinander, aber auch von demokratischen Systemen. Verfassungsreformen, Volksabstimmungen oder begrenzt kompetitive Wahlen sollen ein Maß an Legitimität generieren, bergen jedoch ein gewisses Risiko.

In Russland unterstreicht die aufwendige Inszenierung der Verfassungsreform für alle gut sichtbar, wie lange Putin nun schon Präsident ist. Politische Illusionen haben nur wenige im Land. Vertrauen in Putin ist laut Meinungsumfragen immer noch hoch, aber der Trend ist seit längerem rückläufig. Die Coronakrise passt nicht in die Pläne des Präsidenten. In den vergangenen Wochen ist selbst in der Berichterstattung in den staatlich kontrollierten

Medien deutlich geworden, dass Putin versucht, Verantwortung auf Ministerpräsident Michail Mischustin, den Moskauer Bürgermeister und Vorsitzenden der Corona-Task Force Sergei Sobjanin und die regionalen Gouverneure abzuschieben. Der Höchststand der Neuinfectionen ist in Russland noch nicht erreicht; die wirkliche Zahl der Infizierten liegt vermutlich viel höher als in den offiziellen Statistiken angegeben. Die vom Präsidenten angeordneten „arbeitsfreien“ Wochen gehen auf Kosten von Unternehmen. Ihre Reserven und die von russischen Haushalten mögen für ein paar Wochen oder Monate reichen. Danach wächst der sozioökonomische und politische Druck. Die noch ausstehende Volksabstimmung könnte dann zu einem Anlass werden, der die Diskrepanz zwischen der präsidialen Machtfülle auf dem Papier und der Unfähigkeit, die Folgen der Corona-Krise abzufedern, verdeutlicht. Dies ist nicht gleichbedeutend mit einem grundsätzlichen Regimewandel in Russland, würde es aber wahrscheinlicher machen, dass Putin es vorzieht, in Zukunft in einer weniger exponierten Rolle Einfluss auszuüben.